

Wittenberg, Erich; Frick, Joachim R.

Article

Arbeitslosigkeit ist eine der Hauptursachen für Armut: Fünf Fragen an Joachim R. Frick

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Wittenberg, Erich; Frick, Joachim R. (2008) : Arbeitslosigkeit ist eine der Hauptursachen für Armut: Fünf Fragen an Joachim R. Frick, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 75, Iss. 38, pp. 557-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/151668>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Fünf Fragen an Joachim R. Frick

„Arbeitslosigkeit ist eine der Hauptursachen für Armut“



Herr Dr. Frick, wie sind die Einkommen in Deutschland verteilt?

Es gibt zum einen die Markteinkommen, die sich überwiegend aus Erwerbstätigkeit, Kapitaleinkünften und privaten Übertragungen speisen und zum zweiten die verfügbaren Einkommen, die nach der Umverteilung durch den Staat und die Sozialversicherungen entstehen. In beiden Fällen haben wir in Deutschland, gemessen am Einkommensjahr 2006, erstmals seit längerem wieder einen Rückgang von Ungleichheit. Der konjunkturelle Aufschwung ist nun auch in der Einkommensverteilung angekommen.

Wie hat sich der Aufschwung auf das Haushaltseinkommen ausgewirkt?

Das durchschnittliche Haushaltseinkommen ist in den letzten Jahren eher stagniert. Das liegt unter anderem an der Teuerung. Obwohl die nominalen Einkommen etwas gestiegen sind, sind die realen Einkommen nach Preisbereinigung eher gleich geblieben. Die Ungleichheit aber hat erfreulicherweise abgenommen. In Ostdeutschland haben wir zum ersten Mal seit dem Mauerfall eine rückläufige Einkommensungleichheit gemessen. Das betrifft sowohl die Markteinkommen wie auch die verfügbaren Einkommen. Damit einhergehend ist eine leicht rückläufige Armutsrisikoquote.

Wie viele Menschen in Deutschland sind von Armut bedroht?

Die Einkommensarmut in Deutschland ist seit der Jahrtausendwende bis zum Jahr 2006 stetig gestiegen. Wir haben nun zum ersten Mal einen Rückgang der Einkommensarmutsquote auf rund 16,5 Prozent. Das ist eine Korrektur, die in erster Linie mit der Arbeitsmarktentwicklung und dem Rückgang der Arbeitslosigkeit zu tun hat.

Wie wird sich die Einkommensverteilung in Deutschland in Zukunft entwickeln?

Kurzfristig sind die konjunkturelle Entwicklung und die Arbeitsmarktentwicklung besonders

relevant. Langfristig muss man bedenken, dass sich die Haushaltsstrukturen verändern. Es gibt einen Trend zu mehr Einpersonens- und Alleinerziehenden-Haushalten. Diese Haushalte sind beim Ausfall von Erwerbseinkommen in der Regel auf staatliche Transfers angewiesen und können nicht auf die Erwerbseinkommen anderer Haushaltsmitglieder zurückgreifen. Damit wird die Versicherungsfunktion des privaten Haushaltes reduziert und auf den Staat verlagert. Das ist ein langfristiger Trend, der auch mit einer höheren Einkommensungleichheit einhergeht.

In der Diskussion um das Armutsrisiko werden immer wieder Forderungen nach einem generellen Mindestlohn oder höheren Transferleistungen laut. Wie sollte die Politik reagieren?

In der Diskussion sind insbesondere das Kindergeld und der Mindestlohn. Kindergeld wird in Deutschland nicht bedürftigkeitsgeprüft ausgezahlt. Insofern würde eine pauschale Erhöhung des Kindergeldes auch zu

Mitnahmeeffekten bei reicheren Haushalten führen. In der Diskussion um den Mindestlohn werden häufig arbeitsmarktökonomische und verteilungspolitische Argumente verquickt. Sicherlich kann mit dem Mindestlohn versucht werden, einen „unanständigen“ Lohn zu verhindern. Insofern kann vielleicht eine Grenze von fünf oder sechs Euro gezogen werden, aber höhere Forderungen schlicht mit Verteilungsargumenten zu begründen, ist überzogen. Eine langfristige Strategie zur Armutsreduktion muss auf bildungspolitische Maßnahmen setzen: Wir müssen sozial und ökonomisch Schwächeren einen unbeschränkten Zugang zum deutschen Bildungssystem ermöglichen. Damit erhöhen sich auch die Chancen für eine erfolgreiche Arbeitsmarktintegration – zugleich sinkt das Risiko für Langzeitarbeitslosigkeit deutlich, also eine der Hauptursachen für Armut.

Der konjunkturelle Aufschwung der letzten Jahre ist in der Einkommensverteilung angekommen.

PD Dr.
Joachim R. Frick,
Stellvertretender
Abteilungsleiter
der Abteilung
Längsschnittstudie
„Sozio-ökonomisches Panel“ (SOEP)
am DIW Berlin

Das Gespräch führte
Erich Wittenberg.

Das vollständige
Interview zum Anhören
finden Sie auf
www.diw.de

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
(Präsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Dr. habil. Christian Dreger
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey

Redaktion

Kurt Geppert
PD Dr. Elke Holst
Carel Mohn
Vanessa von Schlippenbach
Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent./min.
Reklamationen können nur innerhalb
von vier Wochen nach Erscheinen des
Wochenberichts angenommen werden;
danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,-
Einzelheft Euro 7,-
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer
und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende
ISSN 0012-1304
Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung
eines Belegexemplars an die Stabs-
abteilung Kommunikation des DIW
Berlin (Kundenservice@diw.de)
zulässig.

Gedruckt auf
100 Prozent Recyclingpapier.